

Frankfurt unter Druck: Drogenhilfe überfordert - Land bleibt stumm!

Hessen lehnt zusätzliche Hilfen für Frankfurts Drogeneinrichtungen ab und verweist auf bestehende finanzielle Unterstützung.

Frankfurt, Deutschland - In einer brisanten Wendung der Drogenhilfe-Debatte in Frankfurt hat das Land Hessen klargestellt, dass es keine weiteren finanziellen Hilfen für die überlasteten Drogeneinrichtungen der Stadt bereitstellen wird. Die Situation im Frankfurter Bahnhofsviertel, wo die Zahl der hilfesuchenden Drogenabhängigen aus anderen Städten stetig steigt, ist alarmierend. Oberbürgermeister Mike Josef und Gesundheitsdezernentin Elke Voitl warnen, dass die Stadt mit dem Ansturm überfordert ist, da nur etwa 44 Prozent der Betroffenen aus Frankfurt stammen.

Die hessische Landesregierung hingegen verweist auf bereits bestehende Unterstützungsmaßnahmen. Eine Sprecherin des hessischen Sozialministeriums betont, dass Frankfurt jährlich 2,15 Millionen Euro erhält, um wichtige Einrichtungen wie den Drogennotdienst und das „La Strada“ zu finanzieren. Zudem fließen 900.000 Euro in verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im Bahnhofsviertel, einschließlich 100.000 Euro für die Erweiterung der Öffnungszeiten eines Frauencafés. Trotz dieser finanziellen Zuwendungen zeigt die Stadtführung wenig Vertrauen in die ausreichende Unterstützung.

Hessen sieht sich als ausreichend engagiert

Die hessische Regierung sieht sich in der Verantwortung der Kommunen, ihre Angebote zur Drogenhilfe eigenverantwortlich zu gestalten. Eine Antwort auf die Frage, ob der Ausbau von Hilfseinrichtungen in anderen hessischen Städten gefördert wird, steht noch aus. Dies lässt die Frankfurter Stadtverwaltung mit einer drängenden Frage zurück: Wie kann die Hilfe für die stark betroffenen Drogenabhängigen in Frankfurt langfristig gesichert werden, wenn das Land sich nicht weiter engagiert?

Details	
Ort	Frankfurt, Deutschland
Quellen	• www.fr.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at